



Ausschuss für Kommunalpolitik

116. Sitzung (öffentlich)

11. März 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:45 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Rainer Klemann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, die Tagesordnungspunkte 4, 5, 6, 9, 10 und 11 gemeinsam aufzurufen und zu behandeln.

- 1 Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nummer 1 GewStG in der Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 vom 14. August 2007**

9

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9579

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/9579 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten ab.

2 Chancen für flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastrukturen durch Breitbandförderrichtlinie des Bundes nutzen – Landesregierung muss Kommunen beim Breitbandausbau endlich unterstützen 11

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10071

Ausschussprotokoll 16/1106

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/10071 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

3 Integriertes Wertstoffgesetz praxistauglich und ökologisch gestalten 13

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10418

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der **Ausschuss** nimmt den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/10418 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

4 Die Landesregierung muss umgehend für eine gerechte Zuweisungspraxis von Flüchtlingen sowie eine gerechte Verteilung der NRW-Flüchtlingspauschale sorgen 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10793

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10910

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10918

5 Sozialverträgliche Integration und gerechte Verteilung von anerkannten Asylbewerbern durch das Instrument der Wohnsitzauflage unterstützen 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10792

6 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW 15

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318 – Neudruck

9 Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11251

Stellungnahme 16/3591

- 10 Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben – Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der Flüchtlingspauschale vornehmen** 16

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11228

- 11 Immense Herausforderung steigender Flüchtlingszahlen für die Kommunen – Flüchtlingszahlen im Jahr 2015** 16

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3649

In Verbindung mit:

Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3747

Tagesordnungspunkt 4: Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/10793 und die beiden Entschließungsanträge werden bis zum 29. April 2016 geschoben.

Tagesordnungspunkte 5 und 6: Der **Ausschuss** beschließt, am 8. April 2016 eine Anhörung zu dem Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/10792, dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/11229 und dem Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/11318 sowie dem Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8639 durchzuführen und diese Anhörung zu streamen.

Tagesordnungspunkte 9 und 10: Der **Ausschuss** wird über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/11251 und den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/11228 am 7. April 2016 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Innenausschuss beschließen.

Tagesordnungspunkt 11: Der **Ausschuss** nimmt die Berichte der Landesregierung Vorlagen 16/3649 und 16/3747 zur Kenntnis.

7 Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften 35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10799

Der **Ausschuss** wird an der vom AKUNLV am 11. April 2016 durchgeführten Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/10799 pflichtig teilnehmen.

8 Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften (Landesnaturenschutzgesetz – LNatSchG NRW) 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11154 – Neudruck

Der **Ausschuss** wird sich an der vom AKUNLV am 30. Mai 2016 durchgeführten Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/11154 – Neudruck – nachrichtlich beteiligen.

12 Steuerrisiken durch kommunale Notunterkünfte für Flüchtlinge 37

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3743

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht der Landesregierung Vorlage 16/3743 zur Kenntnis.

13 Finanzielle Folgen von Dividendenkürzung durch RWE für die Haushalte der betroffenen NRW-Kommunen 38

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3785

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht der Landesregierung Vorlage 16/3785 zur Kenntnis.

14 Streit um Zins-Swapgeschäfte: Folgen der Vergleiche von Kommunen mit der EAA 39Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3786Der **Ausschuss** nimmt den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3786 zur Kenntnis.**15 Finanzielle Situation in Bergneustadt 40**Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3784Der **Ausschuss** nimmt den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3784 zur Kenntnis.

* * *

7 Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10799

Vorsitzender Stefan Kämmerling: Unser Ausschuss ist bei diesem Gesetzentwurf mitberatend tangiert.

Der federführende Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mitgeteilt, dass er am 11. April 2016 eine Anhörung zu dieser Thematik durchführen wird.

Wir sollten uns daher heute lediglich darauf verständigen – das ist mein Vorschlag –, wie wir uns an der Anhörung beteiligen möchten, pflichtig oder nachrichtlich, und unsere Beratungen nach Veröffentlichung des Anhörungsprotokolls weiterführen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dahm.

Christian Dahm (SPD): Wir regen eine pflichtige Teilnahme an dieser Anhörung an.

Vorsitzender Stefan Kämmerling: Wird von anderer Seite das Wort gewünscht? – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann machen wir das so.

